

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung (Nr. 04/15-19) des Fachausschusses „Verkehr“
am Dienstag, den 19.09.2017, 18:30 Uhr bis 20:45 Uhr
im Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland, Alfred-Faust-Straße 4, 28279 Bremen

Anwesende:

FA-Mitglieder: Roman Fabian, Stefan Markus, Hans-Jürgen Munier, Klaus Sager, Ewald Stehmeier, Manfred Witkabel

Gäste: Antragsteller_innen der einzelnen Bürgereingaben, weitere interessierte Bürger_innen

Sitzungsleitung und Protokoll: Michael Radolla (Ortsamt Obervieland)

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt. (Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

TOP 2: Hermann-Lange-Straße: Einbau von Schwellen zur Verkehrsberuhigung (Bürgereingabe)

Die Antragstellerin und weitere anwesende Anwohner_innen des Straßenzuges stellen kurz die derzeitige Situation im Straßenzug dar.

Danach sei das Verkehrsaufkommen dort für eine reine Wohnstraße insbesondere in den Morgenstunden verhältnismäßig hoch, da viele Bewohner_innen des Bereiches Arsten-Süd-West offenbar auf diesem Wege die Ampelanlage an der Hans-Hackmack-Straße umfahren wollen. Diese sei so geschaltet, dass im Verlaufe einer Grünphase häufig lediglich zwei bis drei Fahrzeuge aus der Hans-Hackmack-Straße ausfahren könnten und es daher im Berufsverkehr zeitweise zu längeren Staubildungen komme. Über die Hermann-Lange-Straße und die Kurt-Georg-Kiesinger-Allee erreiche man den Kreuzungsbereich dagegen in diesen Phasen deutlich schneller. Zudem sei die Ampelanlage von dieser Seite günstiger geschaltet, so dass der Verkehr erheblich schneller ablaufen könne.

Man sehe daher, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Schulwegsicherung im Einmündungsbereich zur Kurt-Georg-Kiesinger-Allee, die Notwendigkeit für (ggf. bauliche) Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Straßenzug.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass der Einbau von Schwellen oder sogenannten „Berliner Kissen“ aus Gründen des Lärmschutzes und der damit verbundenen Kosten ausschusseitig als nicht zielführend erachtet wird. Stattdessen wird vorgeschlagen, zunächst für eine Bestandsaufnahme (Anzahl Fahrzeuge und gefahrene Geschwindigkeiten) die Geschwindigkeitsmessanlage des Beirates im Straßenzug zu installieren. Gleichzeitig soll das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) aufgefordert werden, die Schaltungsumstellung der Ampelanlage im Kreuzungsbereich Hans-Hackmack-Straße/Alfred-Faust-Straße, die von dort bereits im Vorwege ebenfalls für notwendig erachtet wurde, nun zeitnah umzusetzen. Im Anschluss könne man dann gemeinsam mit den Anwohner_innen eine Auswertung vornehmen und, falls notwendig, weitere Maßnahmen (z.B. Einbahnstraße, Herstellung von Baumnasen) diskutieren.

Beschluss: Der Beirat Obervieland (Fachausschuss Verkehr) fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die Lichtsignalanlage im Kreuzungsbereich Hans-Hackmack-Straße/Alfred-Faust-Straße dem tatsächlichen Verkehrsaufkommen im Straßenzug Hans-Hackmack-Straße zeitnah anzupassen.

Begründung:

Das Verkehrsaufkommen im Bereich Arsten Süd-West hat in den vergangenen Jahren durch den steten Zuzug von Bewohner_innen erheblich zugenommen. Die Kreuzung Hans-Hackmack-Straße/Alfred-Faust-Straße stellt in diesem Zusammenhang die einzige Möglichkeit für den motorisierten Verkehr zum Verlassen dieses Gebietes dar. Derzeit ist die Signalanlage allerdings für die Hans-Hackmack-Straße, insbesondere hinsichtlich des morgendlichen Berufsverkehrs, nicht verkehrsgerecht geschaltet. Dies führt zunehmend zu nicht gewollten Ausweichverkehren (z.B. über reine Wohnstraßen wie die Hermann-Lange-Straße), da der genannte Bereich über diese Strecken behinderungsfrei umfahren werden kann. In diesen Bereichen ergeben sich damit allerdings neue Konflikte (u.a. in

Bezug auf die Schulwegsicherung), die durch einen bedarfsgerechten Verkehrsabfluss über die dafür vorgesehene Hans-Hackmack-Straße weitestgehend vermieden werden können.

(Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

TOP 3: Kröscheweg: Einbau von Pollern/Sperrpfählen zur Verhinderung widerrechtlicher Befahrung des als Geh-/Radweg ausgewiesenen Bereichs (Bürgereingabe)

Der Antragsteller und weitere anwesende Anwohner_innen des Kröschewegs stellen gemeinsam die aktuelle Situation im Straßenzug dar.

Danach werde der Weg, trotz seiner Ausweisung als Geh-/Radweg, inzwischen vermehrt mit Kfz befahren. Da dies von der Seite der Theodor-Billroth-Straße auf Höhe der Wegeeinmündung nicht möglich sei, werde stattdessen die Einfahrt einer benachbarten Tiefgarageneinfahrt genutzt, um dann über die Nebenanlagen der Theodor-Billroth-Straße zum Kröscheweg zu gelangen. Vom zugehörigen Garagenhof, der regulär über die Emanuel-Backhaus-Straße erreicht werden kann, ist ebenfalls eine Zufahrt möglich. Daher werde die Absperrung der Einmündung von der Theodor-Billroth-Straße sowie der Zuwegung vom Garagenhof mit umlegbaren Pfählen beantragt. Diese Pfähle habe es dort in der Vergangenheit auch bereits gegeben, allerdings waren sie im Anschluss an Sanierungen in diesem Bereich seinerzeit nicht wieder aufgestellt worden.

Nach kurzer Diskussion unterstützen die Ausschussmitglieder übereinstimmend den Antrag der Anwohner_innen zur erneuten Aufstellung der Absperrpfähle.

Beschluss: Der Beirat Obervieland (Fachausschuss Verkehr) fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, im Einmündungsbereich des Kröschewegs von der Theodor-Billroth-Straße sowie an der Zuwegung zum nebenliegenden Garagenhof umlegbare Sperrpfosten aufzustellen, um den als Geh- und Radweg ausgewiesenen Bereich gegen das unzulässige Befahren mit Kfz zu sichern.

(Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

TOP 4: Arsterdamm

a) Schwellenrückbau an der Einmündung Am Mohrenshof (Bürgereingabe)

Die Antragstellerin erläutert, das Befahren der Schwelle (erhöhte Führung des Geh- und Radweges über den Einmündungsbereich) führe zu einer permanenten und erheblichen Lärmbelastung der Anlieger_innen in direkter Nachbarschaft. Aus ihrer Sicht könne die hier baulich beabsichtigte Sicherung des Radverkehrs auch in ausreichender Form ohne Schwelle gestaltet werden.

Herr Markus unterstützt diesen Ansatz. Er erinnert in diesem Zusammenhang an weitere Lärmbelastungen in diesem Bereich durch Flugbetrieb und Straßenbahn. Auch habe der Beirat in der Vergangenheit bereits versucht, als flankierende Unterstützungsmaßnahme eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h im Arsterdamm zu erreichen, war hiermit aber an bestehenden vertraglichen Regelungen zwischen dem Verkehrsressort und den Gewerbetreibenden aus der Zeit der Entstehung des Gewerbegebietes Am Mohrenshof gescheitert, die für eine Beteiligung der Gewerbetreibenden an der seinerzeitigen Sanierung des Arsterdamms im Gegenzug eine Reduzierung auf 30 km/h in diesem Bereich ausgeschlossen haben. Vor diesem Hintergrund sei jede Maßnahme zu begrüßen, die die Lärmbelastung dort insgesamt reduziere. Er beantrage daher, den Schwellenrückbau entsprechend zu unterstützen und einzufordern. Nach Rückbau sollte die Radfahrerfurt im Einmündungsbereich zudem rot markiert werden, um auch künftig eine erhöhte Aufmerksamkeit für querende Radfahrer zu schaffen.

Herr Munier beantragt im Gegensatz dazu eine Lösung anzustreben, die einerseits eine bauliche gesicherte Querung für den Radverkehr erhält, auf der anderen Seite aber so ausgebildet werden müsse, dass die davon ausgehende Lärmentwicklung deutlich lärmreduzierter sei.

Der Sitzungsleiter lässt zunächst über den Antrag von Herrn Markus abstimmen und der Fachausschuss fasst folgenden

Beschluss: Der Fachausschuss Verkehr fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die Schwelle im Einmündungsbereich Am Mohrenshof (baulich erhöhte Führung des Geh- und Radweges) zurückzubauen und die Führung des Radverkehrs anschließend im neuen Einmündungsbereich per Rotmarkierung zu verdeutlichen.

Begründung:

Das regelmäßige Befahren dieser Schwelle, insbesondere durch Schwerlast-LKW aus dem Gewerbegebiet Am Mohrenshof, führt für die direkte Nachbarschaft des Bereichs neben dem bereits vorhandenen Flug- und Straßenlärm zu einer zusätzlichen Lärmbelastung, die ohne diese Schwelle vollständig vermeidbar wäre. Durch

eine anschließende Rotmarkierung des Einmündungsbereichs kann zudem auch zukünftig eine erhöhte Aufmerksamkeit für querende Radfahrer geschaffen werden.

(Mehrheitliche Zustimmung, 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

b) Fahrbahnausbesserung in Höhe Straßenbahnüberführung (Bürger_inneneingabe)

Die Antragstellerin erläutert, es handele sich um einen etwa 5 m langen Fahrbahnabschnitt direkt unterhalb der Straßenüberführung. Dieser Abschnitt sei in der Vergangenheit ausgebessert, die Kanten in den Verbindungsnahten zu ursprünglichen Fahrbahn allerdings offenbar nicht weit genug abgefräst worden, so dass sich in der Folge nun Kanten ergeben hätten, die beim Befahren zu einer erheblichen Geräuschkulisse führen würden. Durch die an dieser Stelle vorhandene Straßenbahnüberführung werde dieser Effekt zudem noch verstärkt.

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Fachausschuss darauf, den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Amt für Straßen und Verkehr) aufzufordern, hier durch entsprechende Kantenglättung für eine entsprechende Lärmreduzierung zu sorgen.

Beschluss: Der Beirat Obervieland (Fachausschuss Verkehr) fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, im Bereich der Fahrbahn des Arsterdamms (in Höhe Straßenbahnüberführung) die Verbindungsnahte einer dort erfolgten Fahrbahnanierung dem Höhenniveau der umgebenden Fahrbahn so anzupassen, dass eine davon ausgehende zusätzliche Lärmbelästigung der Anwohner_innen dieses Bereichs künftig vermieden werden kann.

(Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

TOP 5: Setzen von Pfählen zur Parkverhinderung zum Freihalten von Radwegen (Bürgereingabe):

- a) Dreyer Straße (in Höhe Einmündung Kattenescher Weg)
- b) Kattenescher Weg (in Höhe Hausnr. 9)
- c) Alfred-Faust-Straße (gegenüber Hausnr. 139)
- d) Alfred-Faust-Straße (in Höhe Donnerstedter Weg)

Für die vorgenannten Standorte wird grundsätzlich kein Handlungsbedarf gesehen, da die dortige Problematik grundsätzlich stellvertretend für eine ganze Reihe weiterer Standorte im Stadtgebiet steht und die Aufstellung von Absperrpfählen hier nicht als zielführend gesehen wird.

Es werde aber angestrebt, wie z.B. im Falle des aufgesetzten Parkens am Standort Alfred-Faust-Straße (in Höhe Donnerstedter Weg), in Einzelfällen Kfz-Halter über den zuständigen Kontaktpolizisten in Form von Hinweiszetteln auf ihr Fehlverhalten aufmerksam zu machen. Die mögliche Durchführung sei aber stark von der jeweiligen personellen Besetzung des Reviers abhängig.

- e) Borgwardstraße (gegenüber Einmündung Scipiostraße)

Beschluss: Der Beirat Obervieland (Fachausschuss Verkehr) bittet den Umweltbetrieb Bremen, die ehemalige Grünfläche neben der Radfahrerfurt wieder als solche herzurichten und zudem auf der neu gestalteten Fläche zwei Bäume zu pflanzen. Mit dieser Gestaltung könnte das Parken auf dieser Fläche verhindert und die Freihaltung der benachbarten Radfahrerfurt gewährleistet werden.

Der Beirat Obervieland (Fachausschuss Verkehr) bittet darüber hinaus den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, auf der anderen Seite der Radfahrerfurt einen Begrenzungspfahl zu setzen, um auch von dieser Seite ein Zuparken dieser Furt zu verhindern.

TOP 6: Genehmigung der Protokolls der gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse Bau und Umwelt sowie Verkehr vom 04.05.2017

Beschluss: Das Protokoll wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt. (6 Ja-Stimmen)

TOP 8: Verschiedenes

Der anwesende Leiter des Polizeireviers Kattenturm weist darauf hin, dass im Rahmen der anstehenden Polizeistrukturereform Personal aus den Revieren abgezogen und zentralen Verwendungen zugeführt wird. Daher seien Unterstützungsarbeiten vor Ort (wie z.B. die Parkraumüberwachung) für das Revier nun noch eingeschränkt leistbar.

In seiner Rolle als Bürger des Stadtteils bittet er darüber hinaus darum, auch die Karl-Marx-Straße wieder als Standort für die Geschwindigkeitsmessanlage des Beirates vorzusehen.

Weiterhin sorgen zu weit herausstehende Kanaldeckel der HanseWasser in der Fahrbahndecke der Karl-Marx-Straße für eine erhebliche Lärmbelästigung.

Der Sitzungsleiter weist darauf hin, dass dieser Umstand bereits bekannt und der HanseWasser mit der Bitte um Ausbesserung weitergeleitet worden sei.



Sitzungsleitung
Radolla



Ausschussprecher
Stehmeier